



Wandler

Beste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

„Wandler“ erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis für die Woche vom 26. Nov. — 2. Dez. in Deutsch-Oberschlesien 0,60 GM, zurzeit sechshundert Milliarden Mark, in Polen: 20000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus — Preise frei- und unentgeltlich, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und anderen Folgen begründeten keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einseitige mm-Zeile 0,10 GM, im Restmeteil 0,40 GM, für auswärtige Anzeigen die einseitige mm-Zeile 0,20 GM, im Restmeteil 0,80 GM. Amtliche, Finanz- und Beihilfenanzeigen im Industriebez. 0,20 GM, amtl. Anz. auswärts 0,40 GM. In Polen-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen die mm-Zeile 20000 poln. M., für Ortsanz. 16000 poln. M. Angebots- und Kaufvermittlungs-Anz. 0,10 GM, Verlagsgebühr 2.— GM %.

Ein Kanzler der Arbeitsgemeinschaft

Der Zentrumsabg. Stegerwald mit der Kabinettsbildung beauftragt

G. Berlin, 28. November. (Sig. Bericht.) Nachdem die Demokraten die Kandidatur Dr. Jarres zu Fall gebracht, haben die bürgerlichen Parteien sich gestern nachmittag auf den Zentrumsabgeordneten Adam Stegerwald geeinigt.

Am Krankenbett Deutschlands

Es versteht sich, daß die deutsche Dauerkrise von dem ganzen Zustand mit Aufmerksamkeit beobachtet wird; leider freilich nicht so, wie man die Aufgaben eines Starren und Gefährlichen, sondern so, wie man den Zustand eines Kranken beobachtet. In der Stunde mancher der Zuschauer als Feind zu betrachten, aber als Opfer selbstverständlicher Not, fast allen, trotz seiner Verarmung, als Opfer: ist diese Beobachtung nicht weniger als Wohlwollen und im ganzen genommen auf die Ausheilung des Kranken gerichtet, was man in Privatfällen mit größter Heuchelei als die „schlimmsten Möglichkeiten“ zu bezeichnen pflegt. Man ist imstande die Wahrung der reichsten menschlichen Würdigung, des großen Währungsstandes, des Stodes der Wirtschaft, die widerständige Bewegung eines verarmten Landes, den Kampf der Arbeiter und Parteien, den gesellschaftlichen Wechsel der Regierungen, die Notwendigkeit des Reichstages, die Notwendigkeit der Wahrung des Ausnahmestandes: und schließlich aus dem vollen — nicht nur Deutschland, sondern auch die ganze Welt — die Geschichte in Dürm und Wermis zu Ende zu bringen. Das Ausland hat ein durchaus richtiges Gefühl dafür, daß die Reichstags- und Regierungsgeschichte zwar ein Sinnbild, aber nicht das Wesentliche ist, was in Deutschland vor sich geht. Die deutsche Krise, nicht in diesen Tagen der „Tempo“, betrifft nicht das Drama, sondern die Ausheilung; denn in Wirklichkeit regiert in Deutschland der General von Seest. So sind die Dinge natürlich nicht gesehen; der militärische Ausnahmestand ist nur ein Verlegenheitsmittel, das die Welt in der Verlegenheit der verfassungsgemäß zum Regieren verpflichteten Kräfte notwendig ausfüllt, gleichsam eine Diktatur des Notwendigen. Allerdings ist die Macht der Kräfte, die auf das deutsche Schicksal wirken, so groß, daß neben den sachlichen Notwendigkeiten die Meinungs- und Willenskräfte in der Not geringfügig erscheinen.

Um die deutsche Regierung als solche zu betrachten, ist das Ausland insofern nur infolge der Notwendigkeit zu gehen, die die deutsche Regierung zu geben oder eine günstige Gelegenheit zu suchen. Dr. Stresemann genoss einen durch den Urteil über das heutige Deutschland bekräftigten, doch immerhin einen gewissen persönlichen Ansehen; der Welt nun aus. Auch Amerika stellt seine eigene Kräfte, die schon zu reifen Schritten, bis auf weiteres zurück. Nebenbei, wenn auch nicht so großartig, verhält sich England; und auf diese Kräfte des englischen Willens rechnet Frankreich. Es muß die Gelegenheit, um vorerst das britische Reich für den seit Jahren erstrebten militärischen Bündnisvertrag zu gewinnen. Die Begründung, die Londoner, auf das Gutachten des Reichstags hoch gehalten, bei den Verhandlungen gab, ist merkwürdig und kennzeichnend. Deutschland sei nur Zeit „in voller Auflösung“ begriffen; im Augen Augen aber werde es demnach erkranken, und für diesen Fall müsse man gerüstet sein. Insofern die Überlegung, heißt das: der gegenwärtige Zustand des Reiches ist nicht endgültig, eben darum aber muß sein Ertrag ohne Zeitverlust in die französischen Schenken gebracht werden. Die Lehre für unsere Kritiker lautet: verleihe sich ohne Worte. Will man den Arbeiter der Machtlosigkeit der Kräfte wegen bedenken lassen?

Von Rhein und Ruhr

Die neue Lage. TU. London, 27. Nov. Die neue Situation in der Reparations- und Ruhrfrage ist nach dem Daily Telegraph Gegenstand einer heute stattfindenden Beratung zwischen dem englischen Kabinett und den Sachverständigen des Außen- und Schatzamtes. Die neue Situation ist, wie das erwähnte Blatt schreibt, entstanden: 1. durch den Vortrag der deutschen Vertreter vor der Reparationskommission am vergangenen Freitag über die Rechtsmäßigkeit der französischen Reklamationen und 2. durch den nunmehr vollzogenen Zahlungs- und Lieferungsvertrag zwischen den Vertretern der Ruhrindustriellen und der Weim.

Kommende Männer

Ob. Berlin, 28. November. (Sig. Ber.) Der Reichspräsident hat den früheren preussischen Minister-Präsidenten Stegerwald mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Stegerwald wird ein Kabinett der bürgerlichen Koalition mit Einschluß der Deutschen Nationalen bilden. Die Präsentierung Stegerwalds als Reichskanzler ist durch die Parteien der Arbeitsgemeinschaft und der Deutschen Nationalen erfolgt. Den Vize-Kanzler nehmen die Deutschen Nationalen für sich in Anspruch, die anscheinend den Abg. Spry oder Pelzerich präsentieren werden. Das Außenministerium ist Dr. Stresemann angeboten. Der neue Reichskanzler Stegerwald wird heute früh die Verhandlungen über die Bildung der neuen Ministerliste aufnehmen und diese Liste um 3 Uhr nachmittag dem Reichspräsidenten unterbreiten.

Die Demokraten stimmen zu

Ob. Berlin, 28. Novbr. (Sig. Ber.) Laut der „Deutschen Tageszeitung“ hat in einer Nachbesprechung der Vorstand der demokratischen Fraktion der Reichskanzler Stegerwalds Zustimmung, womit die bürgerliche Gesamt-Koalition im Reich vollzogen ist.

Stresemann wird Außenminister

Ob. Berlin, 28. Novbr. (Sig. Ber.) Wie wir erfahren, hat Dr. Stresemann sich bereits gestern Abend bereit erklärt, den ihm angetragenen Posten eines Außen-Ministers im neuen Reichskabinett Stegerwald anzunehmen.

Eine Wendung der Deutschen Nationalen

Ob. Berlin, 28. November. (Sig. Ber.) Die Deutschen Nationalen haben die Grundforderungen der bürgerlichen Parteien angenommen, wonach die Parteien der neuen Regierung sich auf den Boden der Weimarer Verfassung stellen; ferner darauf besteht, daß der Reichstag die Verfassung für nichtig erklärt werde und Einmündungen gegen die große Koalition in Preußen nicht geltend machen.

Nette Aussichten

Kampfanlage Sozialdemokraten gegen Stegerwald

Berlin, 28. November. Der „Vorwärts“ berichtet: Das Zentrum hat der deutschen Republik bisher den populärsten Kanzler in Josef Wirth gestellt, es ist jetzt im Begriff ihr den unpopulärsten in Dr. Stegerwald zu stellen.

Arbeiter-Bewegung

U. D. Herhausen, 27. Novbr. Die Gutehoffnungshütte hatte hier heute einen Teil ihrer Arbeiter befreit, um die Vorarbeiten im Walzwerk Oberhausen wieder aufnehmen. Die Arbeiter hatten sich verpflichtet, die zehntägige Schicht innezuhalten. Auf dem Wege zu ihrer Arbeitsstätte wurden sie jedoch von Arbeitslosen zurückgehalten, jedoch sie wieder nachhause zurückführen mußten.

Abg. Hoff Wolffstein festgenommen

U. Berlin, 28. Novbr. Unter den 77 Personen, die anlässlich der gestrigen kommunistischen Kräfte festgenommen worden sind, befindet sich die kommunistische Abgeordnete Hoff Wolffstein. Sie ist ebenfalls wie die anderen Festgenommenen dem Polizeipräsidium zugeführt worden.

Ein gefährliches Erbe

Wie auch immer der Nachfolger Dr. Stresemanns sein möge — er hat ein Erbe angetreten, welches viele ungeklärte Konflikte und unanklare Aufgaben bietet. Innerpolitisch gebort in erster Linie die bayerische Frage. Die bayerische Volkspartei hat bekanntlich im Reichstage eine Reihe von Anträgen eingebracht, die darauf abzielen, die Weimarer Verfassung in bayerischer Hinsicht abzuschaffen. Die beantragten Veränderungen sind teilweise von so einschneidender Art, daß sie den Grundgedanken der Verfassung in wesentlichen Punkten die zur Unmöglichkeit entfalten oder in sehr bedauerlicher Weise verletzen. Gleichwohl besteht viel Aussicht, daß die Bayern auch mit ihren extremen Forderungen, wie zum Beispiel Unterstellung der Reichswehr unter die bayerische Oberhoheit durchzuführen werden. Denn der Zeitpunkt, in dem überhaupt noch ein energischer Widerstand gegen die bayerische Extraterritorialität möglich war, ist erloschen. Außerdem wird die neue Regierung, die am Reichspräsidenten eine Reihe von Anträgen eingebracht hat, sich als unumschmeiblicher Herr der Lage erweisen, der hervor aus jeder Diktatorienherrlichkeit in den letzten Tagen: erst jetzt läßt er wieder vernommen, daß er garrichtig daran denkt, die Hochverrat von 9. November an den Staatsgerichtshof auszuliefern.

Die Wirkung der Währungsreform

U. Berlin, 28. Nov. Vom Reichswährungs-kommissar Dr. Schacht wird u. a. erklärt: Der Umstand, daß die Reichsmark sich von Tag zu Tag mehr verknappen muß, ist bisher in der Öffentlichkeit nicht genügend beachtet worden, er kann indessen auf den Devisenmarkt nicht ohne Einfluß bleiben. In jedem Falle darf ein gewisses Gefühl der Verdringung Platz greifen darüber, daß die Währungsreform einen stetigen Weg geht. In der Zwischenzeit werden die Bemühungen um die Errichtung einer Goldkreditbank zur Beschaffung von Goldreserven für die deutsche Wirtschaft, nicht ruhen dürfen.

Das alte Lied

Dr. Zeigner neocentrat. U. Leipzig, 28. Nov. Der im Leipziger Untersuchungsgefängnis sitzende ehemalige Ministerpräsident Dr. Zeigner hat heute einen totalen Zusammenbruch seiner Nerven erlitten.

Kommunisten-Unruhen

Berlin, 27. November. Im Verlauf kommunistischer Demonstrationen ist es heute nachmittag zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Etwa 2-300 Kommunisten hatten sich im Lustgarten gesammelt und gegen die dort stationierte, anfangs sehr schwache Polizeimannschaft, eine bedrohliche Haltung angenommen. Es gelang ihnen, eine Anzahl von Beamten zu entwaffnen. Bald fielen Schüsse. Die Polizei setzte daraufhin starke Kräfte zur Sicherung des Platzes ein. Da Widerstand geleistet wurde, mußte von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Verletzte sind jedoch nicht festgestellt worden. Es gelang der Polizei damit ihres energischen Vorgehens bald die Demonstranten in die umliegenden Straßen abzudrängen und dort allmählich zu zerstreuen.

Preussischer Landtag

27. Sitzung, Dienstag, den 27. November 1923. Präsident Zeinert eröffnet die Sitzung 3.25 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt unter lebhaften Kundgebungen der Kommunisten W. K. S. (Komm.) die sofortige Beratung einer Reihe von Anträgen, die von seiner Partei eingebracht worden sind. Die Gegenstände der heutigen Tagesordnung interessieren keinen Menschen. Das Protokoll verlangt, daß die Fragen behandelt werden, die zur Zeit die Währungsreform betreffen. Die Anträge der (Kommunisten) wenden sich in Ausübung der Verfassung gegen die Steuer vom Grundbesitz und ihre Regelung auf Verordnungswege. Präsident Zeinert weist die Ausführungen als nicht zur Geschäftsordnung gehörend zurück. W. K. S. (Komm.) verlangt zur Geschäftsordnung die sofortige Beratung der kommunikativen Anträge über das Verbot der kommunistischen Partei. Der Antrag wird abgelehnt. Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Die Anträge werden durch den Entwurf über die Aufhebung einiger politischer Beschränkungen beim Steuer- und Verordnungsverfahren in erster und zweiter Lesung angenommen. Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes über die Vereinfachung der Landgemeinde-Verordnungen mit der Stadt Gelsenkirchen. W. K. S. (Komm.) erhebt Einspruch gegen die Aufhebung der Gemeinde Gelsenkirchen. W. K. S. (Komm.) beantragt Verhinderung der Vorlage an den Gemeindevorstand.